

Bundesvorstand appelliert an DDR-Führung: Schnellstens echte Reformen durchführen

Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Sitzung am Montag, 6. 11. 1989, folgende Erklärung zur Lage in der DDR abgegeben: Die dramatisch hohen Flüchtlingszahlen zeigen, daß auch die neue DDR-Führung nicht das Vertrauen der Menschen hat. Die CDU fordert deshalb, daß es jetzt schnellstens zu echten politischen Reformen in der DDR kommt:

- Die Menschenrechte müssen in der DDR uneingeschränkt gewährt werden.
- Die SED muß ihr Machtmonopol aufgeben.
- Ein demokratischer Rechtsstaat muß sich in freien Wahlen verwirklichen.
- Das deutsche Volk muß das Recht auf Selbstbestimmung haben.

Ziel muß sein, daß die Lebensverhältnisse in der DDR so verbessert werden, daß die Menschen dort bleiben wollen.

Wir drücken unsere Bewunderung und unseren Respekt für unsere Landsleute in der DDR aus, die dem Protest gegen das jetzige Regime und dem Einsatz für Reformen in der DDR auf friedliche sowie die Weltöffentlichkeit zutiefst beeindruckende Weise Ausdruck verliehen haben.

Die Flüchtlinge aus der DDR aber haben Anspruch auf unsere Solidarität. Wir dürfen und wir werden sie nicht in einer historischen Stunde ausgrenzen, in der unter dem Druck der um Freiheit und Selbstbe-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

- **Volker Rühle**
Kontakte nur zu den Reformkräften in der DDR. Seite 2
- **Helmut Kohl**
Solidarität mit den DDR-Flüchtlingen. Seite 3
- **Arbeitsmarkt**
Ein neuer Beschäftigungskord. Seite 4
- **Wohnungsbau**
Die Beschlüsse der Regierungskoalition zur Verbesserung der Wohnraumsituation. Seite 5
- **Wirtschaft**
Die Konjunktur läuft auf vollen Touren. Seite 11
- **Junge Union**
Der Kanzler brillierte auf dem Deutschlandtag. Wahl eines neuen Vorsitzenden. Seite 18
- **Dokumentation**
Bericht zur Lage der Nation/Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag. Grüner Teil
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Wandzeitung und neue Angebote

Volker Rühle:

Kontakte nur zu den Reformkräften

Zum Rücktritt des Vorsitzenden der Ost-CDU in der DDR, Gerald Götting, erklärt der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Volker Rühle:

Der Rücktritt von Götting zeigt, daß sich die Ost-CDU im Umbruch befindet. Die Basis der Ost-CDU drängt die Partei zu Veränderungen. Je stärker sich die Ost-CDU als Folge davon reformiert und je unabhängiger sie von der SED wird, desto mehr werden sich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit verbessern.

Ich fordere erneut die Mitglieder der CDU Deutschlands auf, ihre Kontakte zu den Kirchen, zu den Reformbewegungen in der DDR und zu den Reformkräften in der Ost-CDU zu intensivieren. Der Lauf der Geschichte hat wieder einmal gezeigt, wie klug die CDU Deutschlands gehandelt hat, indem sie an ihrem

Kurs festhielt. Es war richtig, daß wir nicht dem Rat einiger Leute gefolgt sind und offizielle Kontakte zu Herrn Götting aufgenommen haben. Diese hätten ihm nur die Legitimation gegeben, die ihm von seiner eigenen Basis verweigert worden ist.

Amnestie in der DDR nur ein erster Schritt

Zur Amnestie für Flüchtlinge und Demonstranten in der DDR erklärt der Generalsekretär: Die jetzt erlassene Amnestie ist nur ein erster, selbstverständlicher Schritt, dem weitere folgen müssen. Dieser erste Schritt muß, wenn er glaubwürdig sein soll, zu der Aufhebung des politischen Strafrechts führen: Die Gesetze der DDR müssen so geändert werden, daß auch in der DDR niemand mehr wegen sogenannter politischer Vergehen in Haft genommen werden kann.

stimmung kämpfenden Menschen überall in Mittel- und Osteuropa Mauern brüchig werden oder schon eingerissen worden sind.

Die CDU Deutschlands wird nicht von ihrer Grundhaltung der christlichen Solidarität abweichen, auch wenn wichtige Repräsentanten der SPD um des Stimmenfangs willen beginnen, Stimmung gegen die Übersiedler zu machen.

Für die aufgrund der hohen Zahlen an Übersiedlern entstandenen Probleme werden wir Lösungen vorlegen, die niemanden bevorzugen. Das Wohnungsbauprogramm der Koalition ist ein Beispiel dafür.

Wir danken der Bundeswehr, dem Bundesgrenzschutz, den karitativen Organisationen und den Dienststellen des Bundes und der Länder für ihren großen Einsatz, den sie bei der Aufnahme der Flüchtlinge erbracht haben.

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Bundestagsabgeordneten **Dirk Fischer** einstimmig zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verkehr gewählt. Dirk Fischer, bisher stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe (Obmann), ist Nachfolger von Günter Straßmeier.

Helmut Kohl: Solidarität mit den DDR-Flüchtlingen:

„Es gibt auch den Hunger nach Freiheit“

Bundeskanzler Helmut Kohl nahm anlässlich der Großtagung des Kolpingwerkes der Diözese Speyer zum Thema „Christen verwandeln die Welt“ am 5. November 1989 in Kaiserslautern auch zur aktuellen Situation in der DDR Stellung und führte u. a. aus:

Die Menschen in Polen, Ungarn, der DDR und anderen Staaten des Warschauer Pakts fordern — viele davon aus christlicher Überzeugung — Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung. Sie fordern Teilhabe und gerechten Lohn für ihre Arbeit. Deutlicher als so mancher hier im Westen sehen sie, daß Freiheit und Eigenverantwortung Voraussetzung für breitgestreuten Wohlstand und für praktisch wirksame Solidarität mit den sozial Schwachen sind. Sie sind der Bevormundung überdrüssig.

Deshalb ist es auch falsch, ihnen einfach nur wirtschaftliche Beweggründe zu unterstellen: Es gibt eben nicht nur den Hunger nach Brot, sondern auch jenen nach Freiheit. Ein Staat, der seinen Bürgern die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse verweigert, verletzt nicht nur die Menschenrechte, sondern handelt auch in höchstem Maße unsozial.

Die Deutschen, die heute zu uns kommen, sind keine Aussteiger, die es sich in einer „sozialen Hängematte“ bequem machen wollen. Sie suchen vor allem persönliche Meinungs- und Bewegungsfreiheit, sie fordern Religionsfreiheit und die Möglichkeit, ihre Kinder christlich erziehen zu können. Auch das gehört ja zu ihrem Wunsch nach besseren Lebensbedingungen. Im übrigen hat selbstverständlich jeder das Recht, sich einen

möglichst hohen Lebensstandard zu erarbeiten.

Mit Materialismus hat dies nichts zu tun — und wir sollten uns gegen dümmliche Stammtischparolen verwahren, die unseren Landsleuten eben dies unterstellen. Und die Hilfsbereitschaft auf unserer Seite hat nun wirklich nichts mit nostalgischer „Deuschtümelei“ zu tun. Sie beruht vielmehr auf einer nationalen Obhuts- und Fürsorgepflicht, wie sie in vergleichbaren Fällen — denken sie nur an Israel und die jüdische Minderheit in der Sowjetunion — jedes andere Land als selbstverständlich empfinden würde.

Und es geht hier selbstverständlich auch um die Frage nach unserer persönlichen Fähigkeit zu mitmenschlicher Solidarität. Alle sind hier gefordert. Besonders danken möchte ich hier vor allem auch den Kirchen und Verbänden, die sich der Verantwortung für unsere Landsleute mit großem Engagement stellen. ■

Zitat

Ich habe keine Angst vor der Wiedervereinigung. Ich stelle mir solche Fragen nicht, denn die Geschichte schreitet fort. Ich nehme die Geschichte, wie sie ist. Ich denke, für die Deutschen ist das Streben nach Wiedervereinigung legitim. Wenn sie diese wollen und durchführen können, wird Frankreich seine Politik so anpassen, daß es so gut wie möglich im Interesse Europas und in seinem eigenen Interesse handeln kann . . .

François Mitterrand, französischer Staatspräsident, zur deutschen Frage

Ein neuer Beschäftigungsrekord! Gute Perspektiven für die nächsten Monate

Wie schon im September lag die Zahl der Arbeitslosen trotz außergewöhnlich starken Zustroms von Übersiedlern und Aussiedlern auch im Oktober dieses Jahres unter 1,9 Millionen. Die Marke von zwei Millionen Arbeitslosen ist nunmehr zum sechsten Mal nacheinander unterschritten worden. Angesichts des sehr hohen Standes der offenen Stellen von erstmalig über 300.000 nach 1980 und der im September stark gestiegenen Erwerbstätigkeit ist auch in den nächsten Monaten auf dem Arbeitsmarkt mit einer günstigeren Entwicklung zu rechnen als in den Herbst- und Wintermonaten zurückliegender Jahre, stellt MdB Horst Günther fest.

Im Hinblick auf die im Spätherbst und Winter regelmäßig im jahreszeitlichen Trend rückläufigen Zahlen bei Neumeldungen offener Stellen und der Vermittlungen sind grundsätzlich die Chancen für die Arbeitgeber günstig, den hohen Bestand an offenen Stellen durch Neueinstellungen — u. a. auch von Aus- und Übersiedlern — zu reduzieren. Die in den nächsten Monaten rückläufigen Vermittlungszahlen sind aber auch eine große Chance für die Arbeitsämter in der Wahrnehmung ihres wichtigsten Auftrags, Arbeitslose in Arbeit zu bringen und geeignete Kräfte für offene Stellen vorzuschlagen. Bei jahreszeitlich rückläufigen Vermittlungszahlen haben die Arbeitsvermittler mehr Zeit für Bemühungen um Besetzung offener Stellen mit schwerer zu erfüllenden Anforderungen einerseits und Eingliederung schwerer vermittelbarer Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß andererseits.

Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat Oktober bestätigen erneut, daß die gute Konjunktur voll den Arbeitsmarkt erfaßt hat. Seit einem halben Jahr liegen die Arbeitslosenzahlen unter der Zwei-Millionen-Grenze. Auch im Monat Oktober hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen wieder geringfügig abgenommen. Entscheidend ist, daß die Zahl der Erwerbstätigen auch im Oktober wieder zugenommen hat. Mit knapp 28 Millionen Erwerbstätigen wird ein neuer Beschäftigungsrekord aufgestellt.

„Skandal“

„Wenn ich die aktuelle Diskussion um die Aussiedler aus Rumänien, aus der Sowjetunion, aus Polen, um die Übersiedler und auch Flüchtlinge aus der DDR betrachte, dann frage ich mich schon, meine Damen und Herren, was war das eigentlich für eine Generation, die da zwischen 1946/47 bis 52, 53, 54 weit über zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene untergebracht hat?

Und wenn ich das Lamento in manchen Bereichen heute höre, daß wir — eines der reichsten Länder dieser Welt — es nicht schaffen sollten, unseren eigenen Landsleuten zu helfen, dann kann ich das nur als einen der Skandale unserer Zeit bezeichnen. Ich sage dies bewußt und mit großer Entscheidung.“

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Kongreß „40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland“ in Essen

Acht Milliarden Mark für den Wohnungsbau

Die Bonner Regierungskoalition will in den nächsten vier Jahren acht Milliarden Mark für den Sozialen Wohnungsbau ausgeben. Eine Koalitionsrunde unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl beschloß am 7. November 1989 wegen des Massenzustroms von Aus- und Übersiedlern ein neues umfangreiches Wohnungsbauprogramm, das außerdem für 1990 zusätzlich 300 Millionen Mark für den Bau von rund 20 000 Studentenwohnplätzen vorsieht.

Wohnungspolitische Beschlüsse der Koalition vom 7. November 1989

Die Lage auf den Wohnungsmärkten hat sich innerhalb des letzten Jahres entscheidend verändert. Infolge des anhaltenden Wirtschaftswachstums ist die Wohnungsnachfrage kräftig gestiegen. Hinzu kommt ein unerwartet starker Zustrom von Aus- und Übersiedlern. Das Angebot hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Wohnungssuchende haben vielfach große Schwierigkeiten, eine geeignete Wohnung zu finden.

Wichtigstes Ziel aller staatlichen Ebenen muß es jetzt sein, die Belastungen für alle betroffenen Bevölkerungsgruppen zu verringern, die engpaßbedingten sozialen Härten zu mildern und in den nächsten zwei bis drei Jahren die Wohnungsbautätigkeit erheblich zu steigern.

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben dieser Situation bereits mit einer Reihe von Beschlüssen Rechnung getragen. Im Frühjahr dieses Jahres wurden Maßnahmen getroffen, um die Aus-

weitung des Wohnungsangebots durch mehr Neubau anzuregen und so die Wohnungsverorgung aller Wohnungssuchenden, speziell aber der sozial Schwächeren unter ihnen, zu verbessern:

— Die steuerlichen Abschreibungsbedingungen für den Mietwohnungsbau wurden spürbar verbessert.

— Die Mittel des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus ab 1990 wurden deutlich aufgestockt. Dabei ist mit dem Instrument der vereinbarten Förderung ein neuer flexibler Förderweg eingeführt worden, der mittlerweile in der Praxis seine erste Bewährungsprobe bestanden hat.

Außerdem wurde beschlossen, das Wohngeld in einem ersten Schritt für Regionen mit besonders hohen Mieten (Einführung einer 6. Mietenstufe) oder überdurchschnittlich steigenden Mieten (Höherstufung von Gemeinden und Kreisen) mit Wirkung zum 1. 1. 1990 zu verbessern.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Schaffung von Wohnraum ist der vorhandene Gebäudebestand. Hier liegt das Schwergewicht der Beschlüsse vom 3. Oktober 1989: Die Schaffung von zusätzlichen Wohnungen durch Umbau oder Ausbau wird alternativ durch steuerliche Sonderabschreibungen oder zinsgünstige Kredite der KfW bis Ende 1992 gefördert.

Gleichzeitig hatte sich die Koalition darauf verständigt, weitere Maßnahmen zur Behebung der aktuellen Wohnungsmarkprobleme zu prüfen.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP schöpfen mit dem jetzt vorgelegten Maßnahmenpaket alle Möglichkeiten aus, den

Wohnungssuchenden möglichst rasch, unkompliziert und mit erheblichem Engagement des Bundes auch finanziell wirksam zu helfen.

Die Entscheidungen im einzelnen:

I. Förderung des Wohnungsbaus

1. Sozialer Wohnungsbau

Der Bund erhöht seinen Verpflichtungsrahmen für soziale Wohnungsbaumaßnahmen und für die dauerhafte Unterbringung von Personen mit besonderem Wohnbedarf für das Jahr 1990 von 1,6 Mrd. DM auf 2,0 Mrd. DM. Bis 1993 — also für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung — wird der Mitteleinsatz verstetigt und auf diese Weise für alle Beteiligten ein klares Zeichen für ein berechenbares Engagement des Bundes in der Wohnungsbauförderung gegeben. Insgesamt werden folgende Verpflichtungsermächtigungen des Bundes vorgeesehen (in Mrd. DM):

Neuer Förderrahmen:

1990	1991	1992	1993
2,0	2,0	2,0	2,0

Bisheriger Förderrahmen:

1990	1991	1992	1993
1,6	1,4	1,0	0,5

Damit erhöht der Bund seinen Mitteleinsatz in den nächsten vier Jahren um 3,5 Mrd. DM. Von den Ländern wird eine mindestens gleich hohe Zusatzleistung erwartet.

2. Steuerliche Sonderabschreibung mit Sozialbindung

Alternativ zur Direktförderung im sozialen Wohnungsbau können Steuerpflichtige für den Bau von preis- und belegungsgebundenen Wohnungen eine besonders günstige Abschreibungsregelung in Anspruch nehmen. Diese Rege-

lung gilt für alle Vorhaben, für die nach dem 28. Februar 1989 der Bauantrag gestellt worden ist und die bis zum 31. 12. 1992 fertiggestellt werden.

Konditionen dieser steuerlichen Förderung:

— Abschreibungssätze	
vom 1. bis 5. Jahr:	10 %
vom 6. bis 10. Jahr:	7 %
vom 11. bis 40. Jahr:	0,5 %

— Belegungsbindung: Zehn Jahre lang müssen die betreffenden Wohnungen an Haushalte mit einem Höchsteinkommen i.S.d. § 25 II. WoBauG (Einkommengrenze des 1. Förderweges) vermietet werden.

— Mietpreisbindung: Einhaltung von Höchstmieten, die von der Landesregierung in Anlehnung an die jeweilige übliche Bewilligungsmiete im sozialen Wohnungsbau durch Rechtsverordnung festgelegt werden.

Diese steuerliche Förderung kann nicht zusätzlich zur Direktförderung in Anspruch genommen werden (Kumulationsverbot).

Dachgeschoßausbau

Im Einkommensteuergesetz wird sichergestellt, daß der Ausbau eines Zweifamilienhauses durch Schaffung einer oder mehrerer zusätzlicher Wohnungen nicht zum Verlust der Förderung nach § 7 b für das Zweifamilienhaus führen soll.

3. Bauspar-Zwischenfinanzierungsprogramm

Zur Zinsverbilligung von Bauspar-Zwischenfinanzierungskrediten werden 500 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden wie bei dem entsprechenden Programm des Jahres 1982 auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern, die zehn Prozent der Finanzierung übernehmen sollen, durch deren Wohnungsbaukreditinstitute

ausgezahlt. Gefördert wird der Bau und der Ersterwerb von selbstgenutzten Wohneinheiten, für die der Bauantrag nach dem 6. November 1989 gestellt und die bis zum 31. Dezember 1992 fertiggestellt werden. Entschieden wird in der Reihenfolge der Anträge. Mit dem Programm können rd. 80.000 Wohnungen gefördert werden.

Wesentliche Programmbedingungen:

- Darlehenshöchstbetrag 80.000 DM (+ 20.000 DM je Kind),
- Zinsverbilligung um 2,5 Prozent für höchstens drei Jahre.

4. Studentenwohnungsbaubau

Das am 3. Oktober vorgesehene Programm wird ausgeweitet und verbessert. Zur Förderung von 20.000 Wohnheimplätzen stellt der Bund für ein Sonderprogramm 1990 Zuschüsse von insgesamt 300 Mio. DM zur Verfügung. Mit den Ländern ist eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abzuschließen, in der eine Mitleistungspflicht der Länder in gleicher Höhe (15.000 DM pro Wohnung) vorzusehen ist.

Eine Fortführung des Programms im Jahre 1991 wird geprüft, wenn weiterer Bedarf besteht und eine Mitfinanzierung der Träger entsprechender Wohnheime und der Länder gesichert ist.

5. Förderung von Übergangsheimen

Bei der Förderung von Einrichtungen zur Übergangsunterbringung durch Gemeinden und andere Träger verbleibt es bei der Zinsverbilligung um vier Prozent für Kredite im Rahmen des KfW-Gemeindeprogramms. Es besteht Einigkeit, daß das Volumen bei höherem Bedarf zu gegebener Zeit durch Umschichtung innerhalb des KfW-Gemeindeprogramms aufgestockt wird. Damit erhalten die Gemeinden eine nachhaltige finanzielle Unter-

stützung durch den Bund bei der Schaffung von Übergangswohneinheiten. Für Art, Umfang und Ausgestaltung solcher Einrichtungen behalten die Kommunen die volle Kompetenz.

6. Wohnungsfürsorge

Für die Schaffung von Wohnraum für Bedienstete des Bundes werden 1990 zehn Mio. DM zusätzlich zur Verfügung gestellt.

7. Baumaßnahmen des Bundes

Der Bund wird Anstrengungen unternehmen auf geeigneten Grundstücken bundeseigene Wohnungen für die Versorgung von sozialen Gruppen zu erstellen.

8. Mietrechtliche Flankierung

Es ist vorgesehen, eng begrenzte mietrechtliche Änderungen vorzunehmen, insbesondere um die befristete Unterbringung in Ferienhausgebieten und die Vermietung an Studenten zu erleichtern sowie mietrechtliche Hemmnisse für Maßnahmen des Um- oder Ausbaus abzubauen.

Im einzelnen wurde folgendes vereinbart:

- Für Ferienhäuser bzw. Ferienwohnungen in entsprechend ausgewiesenen Bebauungsplangebieten können vorübergehende Mietverträge ohne von vornherein festgelegte Frist oder als Zeitmietverträge abgeschlossen werden. Bei ihnen soll das Mietverhältnis entweder durch Kündigung oder durch Zeitablauf enden können, ohne daß besondere Bedingungen vorliegen müssen. Ein Aufschub der Räumung durch Sozialklausel und durch die Gewährung von Räumungsfristen soll in diesen Fällen ausgeschlossen sein.
- Wenn die Gemeinde oder eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts (z. B. Studentenwerk) Wohnungen anmie-

tet oder sonstwie vorhält, um sie an Haushalte mit dringendem Wohnungsbedarf (oder Auszubildende) zu vermieten, soll eine Kündigung durch die Gemeinde bzw. die Körperschaft über die derzeitigen Kündigungsgründe hinaus zulässig sein. Dadurch soll es Eigentümern von Mietwohnungen erleichtert werden, vorhandenen Wohnraum (vorübergehend) anzubieten. Denn z. B. die Gemeinde kann in diesen Fällen garantieren, daß sie den für die Versorgung von Haushalten mit dringendem Wohnungsbedarf angemieteten Wohnraum nach Ablauf der mit dem Eigentümer vereinbarten Frist leer zurückgibt.

● Die vereinfachte **Kündigung in dem vom Eigentümer bewohnten Haus** soll auch dann erhalten bleiben, wenn der Eigentümer eine dritte (oder zweite und dritte) Wohnung später ausbaut oder anbaut.

● Für Speicher — und ähnliche Nebenräume —, in denen eine zusätzliche Wohnung geschaffen werden soll, wird eine **Teilkündigung** zugelassen, sofern dies nicht für den Mieter zu einer unzumutbaren Härte führt, z. B. weil er die Räume für gewerbliche Zwecke benötigt oder weil ausreichender anderer Abstellraum nicht zur Verfügung steht. Die Miete ist in diesem Fall entsprechend zu mindern.

● Wird Gewerberaum zu einer Wohnung umgebaut, so fällt diese Wohnung nicht unter die **Zweckentfremdungsverordnung**.

II. Wohngeld

Das Wohngeld ist ein wesentliches Instrument zur individuell gerechten sozialen Absicherung des Wohnens. Es wird — auf der Grundlage des Wohngeld- und Mietenberichts — zeitgerecht und angemessen angehoben. Die Bundesregierung beabsichtigt, diesen Bericht zum Jahreswechsel 1989/1990 vorzulegen.

III. Zusätzliche Maßnahmen zur Erleichterung des Wohnungsbaus

1. Förderung der Aufschließung von Wohnbauflächen

Bereits am 3. Oktober 1989 ist beschlossen worden, zur finanziellen Unterstützung der Gemeinden bei der Aufschließung von Wohnbau land das KfW-Gemeindeprogramm auf diesen Maßnahmenbereich auszudehnen. Damit können folgende Tatbestände gefördert werden, soweit die Gemeinde die Kosten nicht anderweitig umlegt:

- Kosten der Bauleitplanung und Erschließung,
- Entschädigungen im Zusammenhang mit Sachinvestitionen,
- Kosten von Folgeeinrichtungen wie Kinderspielplätzen, Kläranlagen oder Regenrückhaltebecken.

Insoweit wird die bislang bestehende Zinsverbilligung für entsprechende Kredite der KfW von zwei Prozent auf vier Prozent verdoppelt.

2. Grundstücksvergabe aus Bundesvermögen

Alle Bundesressorts sowie die Sondervermögen Bundesbahn und Bundespost werden aufgefordert zu prüfen, welche Grundstücke zur Entlastung des Baulandmarktes angeboten werden können. Bei Vergabe im Erbbaurecht können die Grundstücke mit einem abgesenkten Erbzins vergeben werden, soweit es die Umstände und die Marktverhältnisse erfordern.

3. Entlastung bei öffentlichen Bauten

Der Bund prüft, inwieweit noch nicht begonnene Arbeiten bei eigenen Baumaß-

nahmen (Verwaltungsbauten) zeitlich zurückgestellt werden können, um den Baumarkt zugunsten des Wohnungsbaus zu entlasten. Entsprechend sollen Länder und Gemeinden verfahren.

4. Ausweitung der Baukapazitäten

— Die Arbeitsverwaltung und die beteiligten Verbände werden aufgerufen, im Rahmen einer Mobilisierungskampagne mit Unterstützung der Bundesregierung alle Anstrengungen zu unternehmen, arbeitslose Bauarbeiter und Arbeitslose aus bauverwandten Berufen für den Einsatz in der Bauwirtschaft zu gewinnen.

— Aus- und Übersiedler sollen verstärkt für diesen Bereich mobilisiert werden, u. a. durch Anpassung der von den Bauwirtschaftsverbänden in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit entwickelten „Eingliederungshilfen“ (Verknüpfung von Arbeit und Sprachkurs).

— Reichen die Kapazitäten nicht aus, dann sollen die Arbeitnehmerkontingente aus RGW-Ländern erhöht werden; gegebenenfalls wird eine befristete Überschreitung der Kontingente unter Beachtung des Vorrangs deutscher Arbeitsloser zugelassen.

5. Steuerliche Förderung von Gebäuden in Sanierungsgebieten

Aufwendungen für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen bei einem Gebäude in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet oder städtebaulichem Entwicklungsbereich sind zur Zeit nach § 82 g der Einkommensteuerrückführungsverordnung begünstigt (Abschreibung der Kosten der Maßnahmen in zehn Jahren mit je 10 v. H.). Die Begünstigung gilt jedoch nur für Maßnahmen, die vor dem 1. 1. 1992 durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, die Begünstigung als

unbefristete Regelung ins Einkommensteuergesetz zu übernehmen. Dabei soll auch sichergestellt werden, daß Baumaßnahmen, die durch gesellschafts- oder gemeinschaftsrechtlich miteinander verbundene Personen, die die Bausubstanz und die vorkonzipierte Sanierung in einem Paket erwerben, durchgeführt werden, im gleichem Umfang wie bisher begünstigt sind.

Steuerliche Förderung von Baudenkmalern

Die Aufwendungen für Maßnahmen an Baudenkmalern können zur Zeit nach § 82 i der Einkommensteuerrückführungsverordnung begünstigt abgeschrieben werden (zehn Jahre jeweils 10 v. H. der Aufwendungen). Auch diese Regelung soll unbefristet ins Einkommensteuergesetz übernommen werden; Fälle der „gemeinsamen Bauträgerschaft“ sollen auch hier begünstigt bleiben.

Neuregelungen für selbstnutzende Eigentümer

Die Begünstigungen von Sanierungs- und Denkmalschutzmaßnahmen gelten für vermietende Eigentümer. Für selbstnutzende Eigentümer, für die es bisher ebenfalls eine befristete Steuervergünstigung gibt, soll in einem neuen § 10 f des Einkommensteuergesetzes eine zeitlich unbefristete „Parallelregelung“ zu den Vergünstigungen für vermietende Eigentümer geschaffen werden. Der neue § 10 f EStG sieht — entsprechend der bei § 10 e EStG getroffenen Regelung — erstmals eine „Objektbeschränkung“ vor. Danach kann diese Steuervergünstigung in Zukunft nur noch für ein Objekt (Ehegatten: insgesamt zwei Objekte) in Anspruch genommen werden.

Ausdehnung des § 14 b BerlinFG

§ 14 b BerlinFG begünstigt bestimmte Modernisierungsmaßnahmen bei Mehrfamilienhäusern in Berlin (West). Die Maß-

nahmen werden künftig durch geschlossene Immobilienfonds durchgeführt (weiterer Fall der „gemeinsamen Bauträgerschaft“). Durch eine Änderung des BerlinFG soll sichergestellt werden, daß auch in diesen Fällen trotz der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs die Vergünstigung weiterhin gewährt werden kann.

Erleichterung Baulandverkauf

Die Wiederanlagfrist (§§ 6 b, 6 c EStG) für Gewinne aus der Veräußerung von landwirtschaftlich genutzten Flächen als Bauland soll um zwei Jahre verlängert werden.

6. Maßnahmen im Planungs- und Baurecht

Für die Deckung dringenden Wohnbedarfs wird ein Gesetz zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungs- und Baurecht vorbereitet, durch das auf bestimmte Zeit Vorschriften des Städtebaurechts des Bundes (Baugesetzbuch) ergänzt oder geändert werden. Vorgesehen sind

- Regelungen zur Erleichterung und Beschleunigung der Bauleitplanung,
 - die Erweiterung der Vorkaufsrechte der Gemeinde, um mehr Bauland Wohnzwecken zuführen zu können,
 - die Verkürzung der Fristen bei Genehmigungsvorgängen,
 - die Erweiterung der Genehmigungsmöglichkeiten zugunsten von Wohnbauvorhaben, u. a. auch im Außenbereich nach § 35 BauGB, und
 - die Fortentwicklung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme, um weiten Kreisen der Bevölkerung und Investoren preiswertes Bauland anbieten zu können.
- Bundesregierung und Koalitionsfraktionen werden alles daransetzen, die getroffenen Beschlüsse umgehend wirksam

werden zu lassen. Haushaltsrelevante Entscheidungen werden in die laufenden Beratungen zum Bundeshaushalt 1990 eingehen, der Ende dieses Monats vom Bundestag verabschiedet wird. Die Gesetzesvorschläge werden kurzfristig eingebracht, z. T. im Zusammenhang mit bereits laufenden Vorhaben. Der Bund geht davon aus, daß die Länder intensiv dazu beitragen, damit alle relevanten Maßnahmen rasch verabschiedet werden können. Dies gilt auch für die abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen über die Wohnungsbauförderung.

SPD hat keine Strategie gegen Republikaner

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) hat kritisiert, daß seiner Partei „klare Strategien“ fehlen, „wie den Republikanern das Wasser abgraben werden kann“. Beim Parteitag des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, dessen Vorsitzender er ist, sagte Heinemann in Hagen, „die Hoffnung, nur die CDU/CSU werde letztlich die Zeche für das Aufkommen der Repse bezahlen“, habe sich als falsch erwiesen. Mit besseren Argumenten allein seien keine Wähler von den Republikanern zurückzugewinnen. Die SPD müsse vor allem auf die Verbesserung der Lebenswirklichkeit jenes Teils der Wähler der Republikaner drängen, „der sich aus den Opfern der Zweidrittelgesellschaft rekrutiert“, sagte Heinemann. „Manchen in der Bundes-SPD“ warf Heinemann vor, sie erweckten beim Thema Republikaner den Eindruck, „lieber Lehrmeister der Bevölkerung als Verarbeiter ihrer Wünsche und Sorgen“ sein zu wollen. Davon zeuge auch „das verächtliche Wort von der vermeintlich dumpfen Lutherrschaft über den Stammtischen“.

DIHT-Herbstumfrage:**Konjunktur auf vollen Touren**

„Die deutsche Wirtschaft steht im Zeichen der Hochkonjunktur. Die konjunkturelle Lage der Unternehmen ist besser als jemals zuvor in diesem Jahrzehnt. Damit werden die hohen Erwartungen vom letzten Herbst und selbst die vom Frühjahr 1989 noch übertroffen.“ Zu diesem Ergebnis kommt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in seiner Herbstumfrage bei den Industrie- und Handelskammern.

Die schwungvolle Konjunktur wird sich danach auch 1990 fortsetzen. Ungeachtet des hohen Ausgangsniveaus sind die Erwartungen der Unternehmen in die wirtschaftliche Entwicklung noch gestiegen. Daraus spricht Vertrauen in die Kontinuität des Aufschwungs. Zuversicht

Erwartungen der Unternehmen äußerst positiv — 93 % der Unternehmen bezeichnen Konjunktur als gut oder befriedigend

kennzeichnet die Konjunkturerwartungen durch alle Branchen hinweg. Die Basis der Konjunktur hat sich damit noch einmal verbreitert.

Als Risikofaktor Nr. 1 wird von den befragten Unternehmen der sich verschärfende Mangel an Facharbeitern genannt. Beinahe jedes zweite Unternehmen rechnet mit Schwierigkeiten durch Arbeitskräftemangel und durch Engpässe bei Material oder bei technischen Kapazitäten. Schon jetzt registrieren die Unternehmen vielfach einen Mangel an

Arbeitskräften. Die Befürchtungen sind groß, daß als Ergebnis der 1990 anstehenden Tarifverhandlungen durch überhöhte Lohnabschlüsse und insbesondere durch weitere Arbeitszeitverkürzung bremsende Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen könnten.

Positiv sind die Erwartungen für die Investitionen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird auch im Jahre 1990 lebhaft bleiben. Nach den derzeitigen Planungen werden die Investitionsausgaben 1990 höher ausfallen als 1989.

Auch die Exporterwartungen der befragten Unternehmen für das Jahr 1990 sind außerordentlich gut. Die Unternehmen sind hinsichtlich ihrer Exportchancen unverändert zuversichtlich. Sie halten für 1990 eine ähnlich gute Entwicklung ihrer Ausfuhren wie in diesem Jahr für möglich. Insbesondere gehen nach Einschätzung der Unternehmen von der Vorbereitung auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1993 kräftige Exportanstöße aus. Denn in die Länder der Europäischen Gemeinschaft fließen mittlerweile fast 55 % der deutschen Ausfuhren, nach Europa insgesamt sogar mehr als 70 Prozent.

Die Beschäftigung nimmt 1990 kräftig zu. In beinahe allen Branchen und Regionen wollen die Unternehmen ihren Personalstand im kommenden Jahr weiter erhöhen, insgesamt planen dies 23 % aller Unternehmen. Noch niemals in den achtziger Jahren wurde ein derart hoher Wert erreicht. Die Personalplanungen reflektieren damit die sehr gute Konjunkturlage und die überaus günstigen Erwartungen der Unternehmen für 1990.

Reformgesetz gelobt – Renten sind wieder sicher

Auf der Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger (VDR) in Fulda am 25. Oktober 1989 hat der Vorstandsvorsitzende, Werner Doetsch, in seinem Bericht nachdrücklich das von der CDU-geführten Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen erarbeitete Rentenreformgesetz gelobt und als ein politisch solides Fundament bezeichnet, das die Weichen für die Erhaltung unseres Alterssicherungssystems und zugleich für eine Anpassung an die sich verändernden demographischen und ökonomischen Rahmenbedingungen stellt.

Die CDU hat mit der Rentenreform rechtzeitig dafür gesorgt, daß die Renten auch in Zukunft sicher bleiben. Die Rente wird auch künftig Alterslohn für

Die CDU wird in ihrer Rentenpolitik vom Verband der Deutschen Rentenversicherungsträger (VDR) bestätigt.

Lebensleistung sein und eine angemessene Lebensstandardsicherung bieten.

Nachdem die SPD Anfang der 80er Jahre durch ihre unsolide Politik die Rentenversicherung an den Rand des Bankrottes geführt hat, sind die Rentenkassen wieder prall gefüllt. Dies bestätigt der VDR.

Allein in den Monaten Januar bis September 1989 sind die Beitragseinnahmen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um fast 5 Prozent gestiegen. Dies wird die Schwankungsreserve bis

zum Ende dieses Jahres um rund 2 Milliarden auf 25,4 Milliarden DM anwachsen lassen. Dies ist ein Ergebnis der CDU-Politik, durch die die Wirtschaft wieder boomt, seit 1983 über 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und die Zahl der Erwerbstätigen mit 27,81 Millionen den höchsten Beschäftigungsstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erreichte. Vom Wirtschaftsaufschwung, das zeigen jetzt die vollen Rentenkassen, haben auch die Rentner was.

Trotz der augenblicklich günstigen Finanzlage müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung reformieren, damit auch in Zukunft die Renten Monat für Monat pünktlich bei den Rentnern ankommen und die Beitragszahler künftig nicht über Gebühr in Anspruch genommen werden müssen.

Personalien

Der Berliner Bundestagsabgeordneter **Günter Straßmeir** ist zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler ernannt und von Helmut Kohl zum Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin bestellt worden.

Günter Straßmeir ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages seit 1972 und hat die Interessen Berlins insbesondere in den Ausschüssen für Verkehr, für innerdeutsche Beziehungen, für das Post- und Fernmeldewesen und im Auswärtigen Ausschuß vertreten. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war er bisher Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr und deren Verkehrspolitischer Sprecher.

Vereinsförderungsgesetz ein abgewogener Kompromiß

Zu dem im Finanzausschuß abschließend beratenen und beschlossenen Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung (Vereinsförderungsgesetz) erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Grünwald: Das Gesetz kann — wie von der Bundesregierung versprochen — zeitgleich mit dem Steuerreformgesetz zum 1. Januar 1990 in Kraft treten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre mit dem Vereinsförderungsgesetz verfolgten staatspolitischen Ziele im wesentlichen erreicht:

1. Das ehrenamtliche und uneigennütige Engagement so vieler Bürger, die im Vereinsleben Verantwortung tragen, findet seine verdiente Anerkennung. Über den Regierungsentwurf hinaus wird der Spendenabzugsrahmen für „mildtätige Zwecke“ von fünf Prozent auf zehn Prozent der Gesamteinkünfte eines Spenders verdoppelt und für die nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen ein steuerfreier Aufwendungs-pauschbetrag von 2.400 DM eingeführt.
2. Eine im Interesse der ehrenamtlichen Vorstände und Geschäftsführer dringend notwendige Vereinfachung der Vereinsbesteuerung wird durch die Festlegung einer Zweckbetriebsgrenze und durch die Einführung einer umsatzbezogenen Gewichtsgrenze von jeweils 60.000 DM, durch die Umwandlung und Erhöhung der geltenden Freigrenzen bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer zu Freibeträgen von einheitlich jeweils 7.500 DM sowie durch die Zulassung einer pauschalierten Umsatzvorsteuer erreicht. Durch diese Maßnahmen

ist sichergestellt, daß zukünftig rund 90 Prozent der gemeinnützigen Vereine ihre Überschüsse aus wirtschaftlichen Betätigungen überhaupt nicht mehr zu ermitteln und zu versteuern brauchen. Eine große Wohltat also für fast alle Vereine.

3. Die Spendenfreudigkeit soll — abweichend vom Regierungsentwurf, aber in Übereinstimmung mit dem Sachverständigengutachten — durch die Einführung eines Vertrauensschutzes für den gutgläubigen Spender gefördert werden. Zukünftig muß damit — korrespondierend für einen dadurch bedingten Steuerausfall — derjenige steuerlich nachhaften, in dessen Sphäre das Fehlverhalten zu verantworten ist — der also etwa eine falsche Spendenbescheinigung ausgestellt oder die Spenden nicht zweckentsprechend verwandt hat. Diese sehr grundsätzliche Systemveränderung war in den Beratungen durch alle Parteien bis zuletzt äußerst umstritten. Nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern wegen des mehr zufälligen, aber rechtlich nicht vermeidbaren „Kuppelprodukts“ für Parteispenden. Weil jedoch diese Regelung erst für die Zukunft gilt, steuerlich gerecht und strafrechtlich irrelevant ist, konnten diese Besorgnisse ausgeräumt werden.

4. Auch einer uferlosen Ausdehnung der Gemeinnützigkeit und der Spendenabzugsfähigkeit, wie sie der Bundesrat befürchtet hatte, wird durch eine restriktive Aufzählung der Förderzwecke vorgebeugt. Denn nicht jede sinnvolle Freizeitbetätigung und nicht jeder der Pflanzen- und Kleintierzucht ähnliche Zweck kann als gemeinnützig und damit als steuerbegünstigt Anerkennung finden. Dies schon deshalb nicht, weil der Spendenfreudig-

keit und der Spendenfähigkeit unserer Bürger natürliche Grenzen gesetzt sind. Die Befürchtungen insbesondere der karitativen Organisationen sind mehr als berechtigt: Daß nämlich das Spendenaufkommen für den wirklich uneigennütigen Dienst am Nächsten zurückgehen könnte, wenn nahezu jede organisierte Freizeitbetätigung zu Lasten des Spendenkuchens eine steuerliche Subventionierung erfahren würde. Dies würde nicht zuletzt auch zu einer unverantwortbaren Verschiebung der Wertrelationen führen.

5. Schließlich ist auch die gebotene Wettbewerbsneutralität gewahrt. Die Besteuerungsgrenzen von 60.000 DM, die Herausnahme der „geselligen Veranstaltungen“ aus den Zweckbetrieben und das Verbot der Zellteilung zum Zweck der mehrfachen Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen schließen eine Wettbewerbsstörung der steuerpflichtigen gewerblichen Unternehmen, vor allem der Gaststätten, durch die steuerbefreiten gemeinnützigen Körperschaften mit ihren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben aus.

Alles in allem also ein wohl abgewogener Kompromiß, der natürlich nicht alle Wünsche erfüllen kann, der aber den gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen, besonders den mildtätigen Vereinen und Organisationen, eine gute Zukunft sichert.

Die über zehnjährige Vorgeschichte dieses Gesetzes sowie ein — unter Einschluß eines Minderheitenvotums — 551 Seiten umfängliches Gutachten einer unabhängigen Sachverständigenkommission legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, welch schwieriges und undankbares Rechtsgebiet der Finanzausschuß zu bereinigen hatte. Fiskalisch ist das Gesetz nur von geringer, gesellschaftspolitisch aber von sehr großer Bedeutung. Denn über 250.000 Vereine, Stiftungen etc. sind betroffen, davon allein rund 65.000 Sport-

vereine. Und jeder zweite Deutsche nimmt als Mitglied in mindestens einem Verein an unserem blühenden Vereinsleben unmittelbar teil.

Geldvermögen nimmt zu

Die privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen als Kapitalanleger immer größere Bedeutung; denn sie verfügen inzwischen über ein Geldvermögen von mehr als 2.500 Mrd. DM. Die jährliche zusätzliche Ersparnisbildung bewegt sich in der Größenordnung von 180 Mrd. DM.

CDU stellt in Essen 1. und 2. Bürgermeister

Eine große Überraschung gab es in Essen bei der Wahl der Oberbürgermeister und der Bürgermeister für die neue Ratsperiode. Nach dem Ergebnis der Kommunalwahlen hätte die SPD das Amt des Oberbürgermeisters sowie des 2. Bürgermeisters und der CDU das Amt des 1. Bürgermeisters zugestanden.

Nachdem allerdings der bisherige Oberbürgermeister Reuschenbach (SPD) als Spitzenbewerber der SPD-Liste nur 35 Stimmen erhielt (bei 43 SPD-Ratsmitgliedern), nahm er die Wahl nicht an, so daß die Zweitbewerberin auf der SPD-Liste, Annette Jäger, Oberbürgermeisterin wurde. Die CDU-Fraktion hatte aufgrund der sich immer weiter verdichtenden Gerüchte im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl rechtzeitig reagiert und neben dem bisherigen 1. Bürgermeister und Spitzenkandidaten bei der Kommunalwahl Hanns Sobek, mit Frau Rosemarie Heiming eine zweite Bewerberin aufgestellt. Nach dem überraschenden Verzicht von Reuschenbach stellt die CDU in Essen nunmehr mit Hanns Sobek und Frau Rosemarie Heiming den 1. und 2. Bürgermeister.

Lafontaines Programm: Ein Kaiser ohne Kleider

Der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe „Fortschritt '90“, Oskar Lafontaine, hat auf einer Pressekonferenz in Bonn Teile eines Programms für den Fall einer Regierungsübernahme vorgestellt. Dazu erklärt der Generalsekretär der CDU, Volker Rühle:

Mit den vorgestellten Beschlüssen zur Arbeitsmarkt- und Wohnungsbaupolitik hat Lafontaine den Nachweis für die Regierungsfähigkeit der SPD wieder einmal nicht führen können. Vor allem bekommen die Bürger von der SPD keine überzeugenden Antworten, wie sie ihre politischen Vorschläge finanzieren will.

Alle wissen noch, wie die SPD als Regierungspartei in den 70er Jahren Schulden gemacht hat. Jetzt fängt sie damit schon in der Opposition an. Was Lafontaine als zukunftsweisend vorstellte, entpuppt sich als „alte Kamellen“. Es sind die Ladenhüter, mit denen die SPD bereits früher schon gescheitert ist: mehr Staat, weniger private Initiative, ineffektive Beschäftigungsprogramme.

In der Arbeitsmarktpolitik hat Lafontaine gegenüber der IG-Metall kapituliert, nachdem er vorher vergeblich versucht hatte, sich öffentlichkeitswirksam als „Erneuerer“ in der SPD mit neuen arbeitsmarktpolitischen Initiativen zu profilieren. Heute sieht man: Auch das war nur Show-Theater.

Bei aller Wendigkeit ist es Lafontaine nicht gelungen, die politischen Widersprüche in seiner eigenen Partei zwischen Finanzpolitikern, Umweltpolitikern und Sozialpolitikern auszuräumen. Es bleibt weiterhin unklar, wofür die SPD steht.

Es wird immer deutlicher: Oskar Lafontaine ist ein Kaiser ohne Kleider — er hat nichts, womit er sich schmücken kann.

Künftig mehr Rechte für Heimbewohner

Das im Jahre 1974 geschaffene Heimgesetz zum Schutz der Interessen älterer Menschen oder behinderter Personen ist jetzt entscheidend verbessert worden. Einen Schwerpunkt der Neufassung des Heimgesetzes bildet dabei die Regelung über den Heimvertrag. Hierzu gehören neben der genauen Beschreibung der einzelnen Rechte und Pflichten der Beteiligten insbesondere auch Veränderungen und Forderungen der Leistungen des Heimträgers.

Eine wesentliche Verbesserung betrifft die Mitwirkung der Heimbewohner bei der Gestaltung der inneren Angelegenheiten des Heimbetriebs durch die Bildung von Heimbeiräten oder Bestellung eines Heimförsprechers, der bei Nichtvorhandensein eines Heimbeirates die Interessen der Heimbewohner wahrzunehmen hat.

Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU-Bundestagsfraktion): Zu begrüßen ist auch die Verbesserung hinsichtlich der Gewährung von Darlehen an den Heimträger zum Bau, zur Ausgestaltung und zum Betrieb eines Heimes. Mit diesen Verbesserungen des Heimgesetzes ist an die Stelle des Heimes als eine Art Versorgungseinrichtung nunmehr der Gedanke der Selbständigkeit und Selbstverantwortung getreten.

Personalie

Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU hat den Oppositionsföhrer im nordrhein-westfälischen Landtag, **Bernhard Worms**, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Worms löst den Hamburger **Hartmut Perschau** ab.

Asylverfahren

Ausgerechnet Nordrhein-Westfalen und Berlin sind die „Schlußlichter“

Nordrhein-Westfalen und Berlin müssen mit der Umsetzung der Beschlüsse der Innenministerkonferenz zur Beschleunigung der Asylverfahren endlich ernst machen.

Im Juni wurde Einvernehmen mit allen 11 Bundesländern erzielt, daß jetzt, und zwar ab Oktober — auch dies wurde einstimmig beschlossen — in allen Bundesländern zentrale Ausländerbehörden einzurichten sind, die eng mit Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zusammengekoppelt werden. Um die Asylbewerber für die laufenden — verkürzten — Verfahren verfügbar zu halten, müssen in der Nähe der zentralen Ausländerstellen zentrale Unterbringungsmöglichkeiten für die Asylbewerber geschaffen werden.

Bei der für Oktober 1989 geforderten Umsetzung der IMK-Beschlüsse stellen ausgerechnet das Land Nordrhein-Westfalen und Berlin die „Schlußlichter“ dar. Innenminister Schnoor und Senator Pätzold demonstrieren damit ihren Mangel an Solidarität gegenüber den übrigen Bundesländern bei der Unterstützung der gemeinsamen Beschleunigungsbemühungen.

Bisher ist es noch nicht gelungen, den Berliner Senat dazu zu veranlassen, die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wieder in einem gemeinsamen Komplex mit der Ausländerbehörde räumlich unterzubringen, wie dies früher schon einmal der Fall war.

Dem Land Nordrhein-Westfalen ist es

bisher nicht gelungen, das von der Innenminister-Konferenz — über die Parteigrenzen hinweg — gebilligte Konzept gegenüber den betroffenen Kommunen durchzusetzen. Die Städte Dortmund und Köln sind weder bereit, zentrale Ausländerbehörden noch Gemeinschaftsunterkünfte einzurichten. Asylbewerber aus diesen Regionen sollen die Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit Bussen erreichen. Diese Verfahrensweise entspricht weder den Absprachen der Innenminister, noch kann dieses Verfahren effektiv sein.

Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Innenminister und Senatoren von Nordrhein-Westfalen und Berlin fordere ich daher auf, endlich tätig zu werden, damit die einstimmigen Beschlüsse der Innenminister-Konferenz, an denen sie selbst mitgewirkt haben, termingerecht und absprachegerecht umgesetzt werden. Dabei ist nicht das Formulieren markiger Sprüche, sondern konkretes Handeln gefordert.

Höchste Geburtenzahl seit 1972

Bei der Vorlage des neuen statistischen Jahrbuches wies der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt, darauf hin, daß auch im Jahre 1988 die Zahl der Geburten weiter gestiegen ist. Nahezu 677.000 Kinder wurden geboren, das sind 35.250 mehr als im Jahre 1987.

7. Wohngeldnovelle

Ausgleich für Mieter in den Regionen mit hohem Mietenniveau

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung garantiert die zentrale Stellung des Wohngeldes als Stütze für einkommensschwache Haushalte; durch seine Ausrichtung am persönlichen Bedarf bleibt das Wohngeld das treffsichere Instrument der Absicherung von unteren Einkommensgruppen.

Diesen Zielen dient auch die Anfang nächsten Jahres in Kraft tretende 7. Wohngeldnovelle. Sie führt eine zusätzliche 6. Wohngeldstufe für alle Gemeinden und Kreise ein, in denen das Mietenniveau der Wohngeldempfänger um 25 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die neue Stufe entlastet die Menschen genau in den Regionen mit größeren Engpässen auf dem Wohnungsmarkt. Es sind dies Gebiete mit höchster Dynamik im gegenwärtigen Wirtschaftsboom. Es sind aber eben auch Regionen, in denen die Bereitstellung von Wohnraum hinter dem übrigen Aufschwung hinterherhinkt. Insgesamt 11 Kreise und Gemeinden erfahren jetzt das erhöhte Wohngeld der Wohngeldstufe VI.

Doch damit nicht genug! Nicht nur die Mieter mit Spitzenbelastungen erhalten eine Besserstellung. Nein, auch weitere 60 Gemeinden und Kreise der unteren Mietenstufen werden höhergruppiert. Für alle Wohngeldempfänger bedeutet die Novelle je nach persönlicher Bemessungsgrundlage ein um 6 Prozent bis 13 Prozent höheres Wohngeld.

Anfang 1990 wird der neue Wohngeld- und Mietenbericht vorliegen. Die neue Datenbasis werden wir nutzen, um die

allgemeine Wohngeldanpassung zu beraten und zu beschließen.

Hannelore Rönsch, Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Wohnungsbauausschuß: Wir liegen mit diesen Plänen in gutem zeitlichen Rahmen. Ich wünsche mir aber und fordere daher die Bundesregierung auf, die Wohngeldanhebung zeitnah durchzuführen und gegenüber dem ursprünglich ins Auge gefaßten Zeitpunkt vorzuziehen. ■

Umfrage:

Jeder zweite mit Trinkwasser zufrieden

Jeder zweite Bundesbürger (53 Prozent) ist der Meinung, daß sein Trinkwasser von ausreichender Qualität ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine Repräsentativumfrage des Sample Instituts, Mölln, bei der 1.000 Bundesbürger Anfang Oktober 1989 befragt wurden.

42 Prozent glauben nicht an eine ausreichende Trinkwasserqualität, der Rest äußerte keine Meinung.

Unterschiede in der Bewertung des Trinkwassers fanden sich bei Frauen und Männern: Während sich die Ergebnisse bei den Frauen in etwa die Waage halten (47 Prozent halten die Qualität des Wassers für ausreichend, 46 Prozent sind nicht dieser Meinung), sind 60 Prozent der Männer mit dem Trinkwasser zufrieden. 37 Prozent von ihnen glauben nicht an eine ausreichende Qualität des Wassers.

Die Junge Union wählte einen neuen Vorsitzenden

Der Deutschlandtag 1989 der Jungen Union (JU) hat am Wochenende mit 188 von 270 Stimmen den 28jährigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Hermann Gröhe aus Neuss zum neuen Vorsitzenden der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU gewählt.

Gröhe wurde Nachfolger von Christoph Böhr, der wegen Erreichen der Altersgrenze von 35 Jahren aus der Jungen Union ausgeschieden ist. Er hatte sechs Jahre an der Spitze der Organisation gestanden. Unter dem Beifall der Delegierten erklärte Gröhe: „Laßt uns Dampf machen für die Interessen der Jugend.“

Gröhe setzte sich ebenso wie sein Amtsvorgänger Böhr dafür ein, den Menschen in der DDR bei ihren Reformbemühungen zu helfen. Er sagte, „die Menschen dort wollen endlich aufrechtgehen“. Und: „Wir wollen an ihrer Seite sein.“

Auf dem Programm des Deutschlandtages der Jungen Union unter dem Motto „Jugend in Deutschland“ stand am Samstag auch eine Diskussion mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Delegierten erlebten einen selbstbewußten Kanzler. Gutgelaunt, generös und stets zu Scherzen aufgelegt, plauderte der Kanzler fast drei Stunden lang mit den Jungunionisten.

„Noch nie war er so gut wie heute“, jubelte ein JU-Mann.

Spontan, spottlustig, gelassen, nahbar — die Twens aus CDU und CSU, die in die fränkische Universitätsstadt gereist waren, um einen neuen Bundesvorstand zu wählen, erkannten den Vormann der Mutterpartei nicht wieder. Sein Bürochef Stephan Eisel mußte immer wieder bestätigen: „So ist er. Das macht ihm Spaß. Das ist der Kohl an und für sich.“

(Zitat Kölnische Rundschau)

Zutage gefördert wurde „Kohl pur“ durch ein Experiment. Die Junge Union, der er stets treu die Ehre zu ihrem Deutschlandtag gibt, wollte den Kanzler nicht wie üblich reden lassen. Statt „Alles schläft, und einer spricht“ zu praktizieren, sollte sich der Vorsitzende „endlich einmal packen lassen“. Der Parteichef ließ sich darauf ein. Bereitwillig nahm er in bunter Folge die Fragen auf, sprach nachdenklich über die Ereignisse in der DDR, selbstkritisch zur Umweltpolitik.

Am meisten beeindruckte der Chef, als er die sensiblen Seiten seiner Seele bloßlegte, stellt die Kölnische Rundschau fest. Ja, es ärgere ihn gewaltig, daß er in der Öffentlichkeit schlechter dastehe als sein Vorgänger Helmut Schmidt. „Ich empfinde das als Ungerechtigkeit. Mein Vorgänger hat nichts gemacht. Wir mußten anhängige Reformen vollziehen. Das bezahlen wir bitter“, klagte der sechste Kanzler der Republik über den fünften. Logisch, daß die JU dem Parteichef ihr Leid über die schlechte Vertretung der Jugend in den Unionsfraktionen aller Parlamente klagte. Und Helmut Kohl, der selbst in jüngsten Jahren politisch tätig geworden war, legte gar noch einen drauf: „Ich finde es unerträglich, daß unser jüngster Bundestagsabgeordneter 37 Jahre alt ist.“

Erstmals in der Funktion des CSU-Vorsitzenden besuchte Bundesminister Dr. Theo Waigel einen Deutschlandtag. In einer etwa 40minütigen Rede skizzierte er eine Welt des Umbruchs. „Der Wettlauf der beiden Deutschen Karl Marx und Ludwig Erhard hat der Fürther Erhard klar entschieden.“ Soziale Marktwirtschaft erweise sich zunehmend als Modell auch für Osteuropa.

Neu im Angebot:

CDU-Weihnachtskarte

Wünschen Sie Ihren Bekannten, Freunden und Familienangehörigen in diesem Jahr ein frohes Fest mit der neuen CDU-Weihnachtskarte. In Form einer aufklappbaren Briefkarte gestaltet, bringt sie weihnachtliche Stimmung dort, wo sie aufgestellt wird. Sie bietet genügend Platz für Ihren persönlichen Gruß und paßt in jeden normalen Umschlag.

Lassen Sie die Weihnachtsengel fliegen!

Die einzelnen Abbildungen der Weihnachtskarte — hübsche weihnachtliche Gegenstände wie z. B. Engel, Kugel und Tannenbaum — können Sie ausschneiden und mit Bindfäden zu einem Mobile zusammenfügen, das beim leisesten Kerzenhauch in Bewegung gerät. Nicht nur für Kinderaugen ein netter Blickfang in der festlichen Vorweihnachtszeit.

Bestell-Nr.: 9204

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 22,30 DM
(Preis zuzügl. MwSt. inkl. Versand)

IS-Versandzentrum

4804 Versmold, Postfach 1328



Kürzungen im Polizeihauhalt

Der parlamentarische Hauptausschuß im Berliner Abgeordnetenhaus hat mit den Stimmen der rot-grünen Koalition Kürzungen von etwa fünf Mio. DM im Polizeihauhalt vorgenommen. So wurden u. a. die Mittel zur Intensivierung von Fahndungsmaßnahmen um 150.000 DM gekürzt.

Sozialversicherungsausweis

Der Bundesrat hat das Gesetz zur Einführung eines neuen Sozialversicherungsausweises abschließend beraten. Mit diesem

Gesetz werden die bereits in der Vergangenheit ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch erweitert. Verstöße gegen dieses Gesetz können bei Arbeitgeber und Geldbußen in Höhe von bis zu 5.000 DM, bei Arbeitnehmern bis zu 1.000 DM geahndet werden.

Bleifrei-Benzin

Die steuerliche Begünstigung des bleifreien Benzins sowie das Verbot verbleiten Normalbenzins hat dazu geführt, daß heute die Bundesrepublik Deutschland den höchsten Bleifreiateil in ganz Europa hat.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Unsere Verantwortung für die Schöpfung



Die Natur darf für uns Menschen nicht zum Störfaktor für unseren Wohlstand werden. Aus der Verpflichtung, einen lebenswerten Natur- und künftige Generationen weiterzugeben, hat die Regierung Helmut Kohl daher mehr für den Umweltschutz getan als jede Regierung vor ihr. Niemals zuvor wurden derzeit viele Neueregulungen zum Nutzen der Umwelt in einer einzigen Legislaturperiode durchgesetzt.

Niemals zuvor gab es z. B. ähnlich strenge Vorschriften zur Reinhaltung der Luft, Schadstoffarmes Auto, Großfeuerungsanlagenüberprüfung, Luftwärmepumpen, Richtlinien, Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ – so lautet die Erfolgsbilanz der Regierung Helmut Kohl.

Unser Wasser wird sauberer. Die Qualität der Flüsse und Seen verbessert sich merklich. Weniger Müll und umfassendere Wiederverwertung, Bekämpfung des Lärms und Schutz des Bodens sind weitere Ziele der CDU-Umweltpolitik.

Um die Gestaltung der Zukunft zu ermöglichen, wird die CDU die Schöpfung bewahren.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

35/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.